

Solinetze.ch
Solinetze Schweiz
Schwarztorstrasse 76
3007 Bern

*Regierungsrat Urs Hofmann
Departement Volkswirtschaft und Inneres
Frey-Herosé-Strasse 12
5001 Aarau*

Bern und Zürich, 2. Dezember 2020

Betrifft: Keine Menschen in Langzeitnothilfe!

Sehr geehrter Herr Urs Hofmann

Als Netzwerk von Organisationen, deren Mitglieder regelmässigen Kontakt mit Nothilfebetroffenen pflegen, machen uns ihre Lebensbedingungen grosse Sorgen! Ja, wir beobachten sogar eine generelle Verschlechterung der körperlichen und psychischen Gesundheit vieler Betroffener. Wir teilen die Sicht des Pfarrers Daniel Winkler: **«Geflüchtete, die länger mit dem Regime der Nothilfe zurechtkommen müssen, erfahren einen sozialen Tod. Das kann sich die Schweiz als Land mit humanitärer Tradition nicht leisten.»** (Daniel Winkler, NZZ am Sonntag, 15.8.2020.)

Wir begrüssen auch die zahlreichen Stellungnahmen von Personen aus der Wissenschaft wie Herrn Prof. Walter Leimgruber, dem Präsidenten der Eidgenössischen Migrationskommission, den Frauen Dr. Teresia Gordzielik und Jana Häberlein (siehe Quellen). Aber auch mehrere leitende Personen in der Migrationsadministration, wie Renata Gäumann (Koordinatorin des Asylwesens in Basel), stellen fest, dass die Situation der Langzeitbeziehenden von Nothilfe menschenunwürdig ist. Anlässlich einer Podiumsdiskussion vom 18.11.20 zu den abgewiesenen TibeterInnen stellte der Polizeidirektor vom Kanton Aargau fest, dass sich tibetische Langzeitnothilfebeziehende in einer schlimmen, ausweglosen Situation befinden. Anders als ursprünglich angenommen, lassen sich Personen aus vollzugsschwierigen Ländern durch ein drastisches Nothilferegime nicht zur Ausreise bewegen. «Sie werden hier bleiben, das ist eine Realität» sagt die Studienleiterin Sylvia Valentin von Terre des Hommes.

Wir müssen aufgrund unserer vielfältigen Erfahrungen mit Geflüchteten bestätigen, was Prof. W. Leimgruber in seinem schriftlich kommunizierten Vortrag vom 4.11.2020 in Biel darlegt: «Die Nothilferegulation bewährt sich in der Praxis nicht. Die gegenüber abgewiesenen Asylsuchenden angewandten Massnahmen verlangen menschlich und gesellschaftlich einen unverhältnismässig hohen Preis und sie erreichen ihr Ziel bei der grossen Mehrheit der Betroffenen nicht.» Nothilfe ist – Expertinnen und Experten sind sich da einig – als kurzfristige Überbrückung gedacht. Langfristig angewendet verletzt sie die Grundrechte von Frauen, Männern, Jugendlichen und insbesondere Kindern. Verwehrte Integration und Arbeitsverbot führt langfristig zu psychischer Erkrankung und sie verursacht für die öffentliche Hand vermeidbare Kosten.

Deshalb bekräftigen wir hiermit die in den neueren Studien vorgeschlagenen Lösungsansätze und fordern Sie auf, mit uns an der Basis Engagierten zusammen nach Auswegen aus der Sackgasse zu suchen und auf die zuständigen SEM-Behörden einzuwirken. Wir stellen zusammen mit dem

Präsidenten der KKJPD fest, dass sich die Zustimmungspraxis des SEM bei Härtefällen in den letzten Monaten sogar verschärft hat.

Mit folgenden konkreten Forderungen gelangen wir an Sie (dass diese in einigen Kantonen teilweise schon erfüllt sind, gibt uns Hoffnung, andere Kantone könnten diese auch übernehmen):

1. Den Nothilfe beziehenden Personen sollte eine Ausweis-Karte ausgestellt werden, damit diese bei Personenkontrollen durch Ordnungskräfte nicht als illegal Anwesende gebüsst werden.
2. Langezeitnothilfe beziehenden Personen sollte der Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung nicht verweigert werden.
3. Während der Härtefallverfahren und Berufsausbildungen und Ermöglichung des Abschlusses von Ausbildungen sollte ein Abschiebungsstopp garantiert sein.
4. Die Unterbringung in Zentren mit jederzeit möglichen Polizeieinsätzen und Abholungen sollte insbesondere für Familien möglichst vermieden werden.
5. Personen, die sich vor und nach einer negativen Entscheidung schon mehrere Jahre in der Schweiz aufhalten und gut «integriert» sind, sollen in einem Härtefallverfahren eine Aufenthaltsbewilligung erlangen. Sie sollen, wie dies einige Kantone wie ZH, GR und SG praktizieren, von den Migrationsbehörden proaktiv angegangen werden, unabhängig von der Art ihres Vollzugshindernisses oder ihrer Ausreiseverweigerung.
6. Als effiziente Lösung schlagen wir eine «Humanitäre Aktion» nach dem Vorbild der Bundesämter der 90er Jahre und des Jahres 2000 vor, allen Langzeitnothilfebeziehenden mit einem vereinfachten Härtefallverfahren eine Aufenthaltsbewilligung zu erteilen. Dies ergäbe eine allseitig entlastende Win-win-Situation, wovon vor allem auch das SEM überzeugt werden müsste.

An weiterführenden Gesprächen sind wir sehr interessiert. Für Ihr persönliches Engagement zugunsten derjenigen, die in unserer Gesellschaft von der Missachtung ihrer Menschenwürde bedroht sind, danken wir Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen,



Nicole Wehinger
(Co-Präsidentinnen solinetze.ch, Kontakt: info@solinetze.ch)



Verena Mühlethaler

Solinetze.ch ist ein Zusammenschluss folgender Organisationen:

Aarau (Netzwerk Asyl Aargau): <http://www.netzwerk-asyl.ch/>

Appenzell: <https://www.solidaritaetsnetz.ch/appenzell-ausserrhodon>

Basel: <https://solinetzbasel.ch/>

Bern: <https://solidaritaetsnetzbern.ch/> und Aktionsgruppe Nothilfe www.ag-nothilfe.ch

Graubünden: Verein Miteinander Valzeina, <https://www.vmv.ch/>

Luzern: <https://solinetzluzern.ch/>

Neuchâtel: <http://asile-ne.ch/droit-de-rester-neuchatel/>

St. Gallen: <https://www.solidaritaetsnetz.ch/>

Thurgau: <https://www.solidaritaetsnetz.ch/thurgau>

Zürich: www.solinetz-zh.ch

Quellen:

terre des hommes schweiz, Jana Häberlein: Abgewiesene Asylsuchende in der Nothilfe: wie weiter?
Basel, Oktober 2020.

Gordzielik Teresia: Sozialhilfe im Asylbereich, Schulthess Verlag, Zürich 2020.

Eidgenössische Migrationskommission EKM, Martin Stalder und Claudio Spadarot: Personen, die aus dem Asylsystem ausscheiden: Profile, (Aus-)Wege, Perspektiven, Bern 2019.

«Darf nicht bleiben – kann nicht gehen. Die Situation der Nothilfebeziehenden», Vortrag von Walter Leimgruber, Präsident der EKM, Biel 4.11.20.

Dieser Brief geht an:

Vorstand und alle Mitglieder der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren KKJPD

Kopie an:

Staatssekretariat für Migration SEM, Mario Gattiker